

Arbeitskreis „Wasser – ein öffentliches Gut“

c/o Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas
Monbijoustrasse 31, Postfach 6735, CH-3001 Bern
Tel. 031/390 93 30/32, Fax 031/390 93 31, E-mail: rbaer@swisscoalition.ch

Medienmitteilung

Bern, 14. November 2002

Ein breites Bündnis will Wasser als öffentliches Gut schützen

„Hände weg vom Wasser!“

Hilfswerke, Gewerkschaften, KonsumentInnen-Organisationen, Umweltverbände, der Schweizerische Bauernverband, der Kanton Jura und andere haben sich im Arbeitskreis „Wasser – ein öffentliches Gut“ zusammengeschlossen. Ziel des Zusammenschlusses ist es, gemeinsam zu verhindern, dass öffentliche Wasserversorgungen liberalisiert und privatisiert werden. Wasser sei lebenswichtig und ein zu kostbares Gut, als dass es zum Spielball von Profitinteressen werden dürfe, hiess es an einer Medienkonferenz in Bern. Wasser müsse als „öffentliches Gut“ in der Schweiz und weltweit geschützt werden. Der Arbeitskreis warf zudem der Weltbank und dem Währungsfonds, aber auch der EU vor, Privatisierungen bewusst zu fördern, obwohl dies für die sozial Schwächsten negative Folgen habe. Die Schweiz müsse hier Gegensteuer geben.

Laut Rosmarie Bär von der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke ist die öffentliche Wasserversorgung heute doppelt unter Druck. Zum einen „von oben“, wird doch im Rahmen der Verhandlungen über das WTO-Dienstleistungsabkommen (GATS) über eine weltweite Öffnung der Wassermärkte für private Konzerne diskutiert. Eric Decarro, Präsident der Gewerkschaft VPOD, wies darauf hin, dass die Europäische Union in diesem Zusammenhang von der Schweiz eine völlige Öffnung ihres Wassermarktes für Unternehmen verlangt habe – eine Forderung, die seine Gewerkschaft mit allen Mitteln bekämpfen werde.

Die Wasserversorgung ist laut Rosmarie Bär aber auch „von unten“ unter Druck, weil in vielen Gemeinden kommunale Versorgungsbetriebe ausgegliedert und in Aktiengesellschaften umgewandelt würden. Aktuellstes Beispiel ist die Aargauer Gemeinde Wettingen, wo am kommenden Wochenende über eine Auslagerung abgestimmt wird und breite Kreise dagegen opponieren. André Babey von Attac Schweiz wies darauf hin, dass die kommunalen Auslagerungen oft ohne öffentliche Diskussion über die Bühne gingen. Dort aber, wo eine Debatte entstünde, sei eine Umwandlung meistens abgelehnt worden. Die Umwandlung in Aktiengesellschaften sei oft der erste Schritt für eine umfassendere Privatisierung.

Die Behauptung, die Privatisierung der Trinkwasserversorgung bringe viele Vorteile, habe sich in der Realität nicht erhärtet, sagte Fritz Brugger vom Hilfswerk Helvetas. Brugger verwies auf eine detaillierte Studie über weltweite Wasserprivatisierungen, die Helvetas und die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke gemeinsam in Auftrag gaben. Sie zeige, dass private Versorgungsfirmen ländliche Gebiete vernachlässigen und sich auf profitablere städtische Gebiete konzentrieren würden, wo sie gleichzeitig die Preise erhöhten. Für die Land- und die ärmere Stadtbevölkerung bedeute Privatisierung deshalb oft einen erschwerten Zugang zu

sauberem Wasser. Brugger warf internationalen Agenturen wie der Weltbank oder dem Währungsfonds vor, trotzdem diese Privatisierungen bewusst voranzutreiben und sogar die Gewährung neuer Kredite davon abhängig zu machen.

Die Forderungen des Schweizer Arbeitskreises

Die sichere Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser gehöre zu den Kernaufgaben des Staates, betonten die VertreterInnen des Schweizer Arbeitskreises. Damit dies in der Schweiz und international gewährleistet ist und um Privatisierungen zu verhindern, fordern sie insbesondere, dass

- Trinkwasser als öffentliches Gut in der Bundesverfassung verankert wird. Gleichzeitig sollten sich alle Kantone am Kanton Jura ein Beispiel nehmen. Dieser ist daran, ein Gesetz auszuarbeiten, das Wasser als öffentliches Gut auch auf kantonaler Ebene schützt.
- sich die Schweiz im Rahmen der UNO für eine internationale Wasserkonvention stark macht, die den Zugang r zu sauberem Trinkwasser als Menschenrecht festschreibt und Wasser als „öffentliches Gut“ schützt.
- der Bundesrat bei den WTO-Verhandlungen über ein Dienstleistungsabkommen (GATS) jegliches Begehren, den schweizerischen Wassermarkt für private Konzerne zu öffnen, konsequent zurückweist.
- sich die Schweizer Vertreter innerhalb der Weltbank und des IWF für eine Korrektur der neoliberalen Wasserpolitik auf Kosten der Ärmsten einsetzen.

Weitere Informationen:

Rosmarie Bär, Tel. 031/390 93 32, E-mail: rbaer@swisscoalition.ch